

**Anschrift**

Steinheckstr. 7  
35745 Herborn

**Telefon**

02772 923452

**E-Mail**

christine@ulmke.de

**Internet**

www.christine-ulmke.de

28. Febr. 2007

## **Die Zukunftsfähigkeit Herborns –**

Antworten an die FDP Herborn

- 1. Welche konkreten und nachhaltigen Maßnahmen zum Schuldenabbau und zur Haushaltskonsolidierung werden sie ergreifen?**
- 2. Wo sehen Sie Einsparpotentiale im Haushalt der Stadt Herborn?**

Aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Belebung der deutschen Wirtschaft konnten die Kommunen im vergangenen Jahr einen deutlichen Anstieg in den Gewerbesteuererträgen und z. T. auch bei den Anteilen aus der Einkommenssteuer erzielen. Dieser positive Trend, der allerdings nicht anhalten muss, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommunen große strukturelle Finanzprobleme haben und der erfolgreiche Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft noch nicht vollzogen ist. Auch Herborn hat davon profitiert und hat z. B. die zusätzlichen Mehreinnahmen im vergangenen Jahr 2006 nicht für den Schuldenabbau, sondern nur für die Bestreitung der laufenden Ausgaben eingesetzt, damit sich das Defizit nicht noch vergrößert.

Herborn hat bis heute den Einbruch der Gewerbesteuer seit 2000 und insbesondere in 2004 nicht ausgleichen können. Neben den Kassenkrediten wurden Zahlungen an den Kreis gestundet. Die Kassenkreditermächtigung für 2007 beträgt 7 Millionen Euro.

Oberstes Gebot bei der Haushaltskonsolidierung ist daher zuerst eine vernünftige Aufgabenkritik zu stellen: Was kann die Stadt noch leisten? Welches sind die wesentlichen Kernaufgaben einer Stadt, die verfassungsmäßig zu leisten sind und auf die man sich konzentrieren muss, welche nicht? Erst, wenn dieser Schritt der Bewusstwerdung und der Entbürokratisierung gelungen ist, kann die nachhaltige Haushaltskonsolidierung gelingen. Für die Umsetzung dieses Prozesses und somit für die Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit in Herborn werde ich kämpfen.

Grundsätzlich kommen der Stadt einige Instrumente zur Hilfe. Das NKRS, das die Budgetierung und die Beschreibung von Produkten vorsieht, ist ein grundlegend richtiger erster Schritt. Diese Art der Finanzsteuerung muss jedoch erst als wertvolles Mittel zur Finanzsteuerung etabliert werden. Die bloße Einführung des NKRS wird nicht zwangsläufig zu einer verbesserten Finanzsituation in Herborn führen, sondern u. U. lediglich dessen Abgründe aufdecken. Schon zum jetzigen Zeitpunkt, auch ohne die Vorlage zumindest einer groben Eröffnungsbilanz, ist vielmehr klar, dass Herborn von der Substanz lebt und Gene-

rationengerechtigkeit nicht gegeben ist. Die vorgelegte Ergebnis- und Finanzplanung berücksichtigt nicht die Abschreibungen, die sich aus den Eröffnungsbilanzpositionen ergeben werden. Der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt von 2.337.340 Euro wird sich deutlich erhöhen und zukünftige Haushalte ebenfalls belasten.

Die Stadtverordneten und die Bürgermeisterin sind dazu aufgefordert und verpflichtet, das neue Steuerungsmodell durch die Einführung von geeigneten Kennzahlen zu einem wirksamen Finanz-Instrument zu schmieden und zukünftig über klare Zielvereinbarungen zu steuern.

Die Kommune muss und kann sich durch die neue Art der doppelten Buchführung besser dem Wettbewerb stellen, weil die Kosten und Leistungen transparenter und vergleichbarer werden. Städtische Leistungen dürfen nicht als Insel der Seligen missverstanden werden. Sollte sich ergeben, dass Leistungen nachhaltig effektiver durch Kooperationen mit privaten Partner (Stichwort: PPP) zu erbringen sind, muss diese Möglichkeiten als Chance und nicht als Aufgabe falsch verstandener hoheitlicher Pflichten verstanden werden. Auch über die Veräußerung unrentabler städtischer Liegenschaften sollte in diesem Zusammenhang nachgedacht werden. Ein schlankes, übersichtliches Unternehmen kann besser zur größeren Zufriedenheit aller seine Aufgaben erledigen!

Können die tatsächlichen Kosten von Leistungen besser erfasst werden, führt dies zu realistischeren Haushaltsansätzen. Dabei ist zu beachten, weder die Einnahmenseite zu optimistisch, noch die Ausgabenseite zu realitätsfremd zu planen.

Um die Einnahmen der Gewerbesteuer besser abschätzen zu können, sollten regelmäßige Gespräche mit den Unternehmen vor Ort geführt werden, um besser zu eruieren, welche Einnahmen tatsächlich erwartet werden können und von welchen Illusionen man sich trennen muss.

Als tatsächlich wirtschaftsfreundliche und familienfreundliche Stadt werden sowohl Unternehmen als auch Familien nach Herborn kommen wollen. Eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik vor Ort wird eine Steigerung der Einnahmen durch erhöhtes Gewerbesteueraufkommen (auch nach der Unternehmenssteuerreform) zur Folge haben. Eine ausnehmend familienfreundliche Politik sollte dahin führen, dass mehr Familien in unserer Stadt bleiben bzw. neue hinzukommen. Die Folge wird ein erhöhter Anteil der Einnahmen durch den Einkommenssteueranteil sein.

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss auf eine Infrastruktur vor Ort bedacht sein, die auf die Bedürfnisse der Unternehmen zugeschnitten ist. Mit seiner guten Verkehrsanbindung hat Herborn Chancen, die es zu nutzen gilt. Aber auch die Verwaltungsangebote einer Kommune können bei der Neuansiedlung eines Unternehmens entscheidend sein. Die Neuschaffung eines Wirtschaftsbüros bzw. eines zentralen Ansprechpartners für Wirtschaftsfragen, der gut erreichbar, mit Kompetenzen ausgestattet und der Bürgermeisterin direkt unterstellt ist, ist daher essentiell, um eine wirklich wirtschaftsfreundliche Kommune zu werden.

Bei der Ausgabenseite sollte alles auf den Prüfstand gestellt werden. Prinzipiell sollte es die Denkweise sein, nur das auszugeben, was man hat und nicht den Bedarf über die vorhandenen Mittel zu stellen. Das bedeutet, dass gesellschaftliches Anspruchsdenken relativiert wird und bürgerliches Engagement gefördert werden muss. Vereine könnten nicht

nur durch die Pflege von städtischen Liegenschaften gegen ein Entgelt ihre Vereinskasse aufbessern, auch die Verwaltung und Pflege beispielsweise der Dorfgemeinschaftshäuser könnte in die Hände von Vereinen gelegt werden. Bürgerliches Engagement könnte in näherer Zukunft auch den Erhalt unserer öffentlichen Schwimmbäder sichern helfen (s. u.).

Einsparungen bei Ausgaben sollten durch eine tatsächlich erfolgende, konstruktive, interkommunale Zusammenarbeit im alten Dillkreis erreicht werden. Bislang ist weder eine gemeinsame Strategie der Werbung, noch ein einheitliches Konzept bei der Vermarktung der Städte im Dilltal erarbeitet worden! Ressourcen müssen endlich über die Städtegrenzen gebündelt werden, damit Einspar- und Handlungspotentiale voll ausgeschöpft werden und unsere Städte wettbewerbsfähiger werden. Städtegutachten – auch von Herborn – mahnen dies seit Langem an. Kooperationen sind notwendig!

Aber auch innerhalb Herborns muss gehandelt werden und müssen Leistungen gebündelt werden. Durch gemeinsame Nutzung von Verwaltungsleistungen oder anderen Dienstleistungen bei öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Kindergärten und Seniorenheimen sollten alle Einsparpotentiale voll ausgeschöpft werden.

Sollen diese Veränderungen gestaltet werden, so müssen alle städtischen Mitarbeiter in diesen als positiv empfundenen Prozess eingebunden werden. Die Mitarbeiter müssen am aktiven Wandel beteiligt werden und mit ihrem Erfahrungsschatz und ihrer Kreativität gefördert und gefordert werden. Die Instrumente der Personalentwicklung sind auch im Rathaus zu entwickeln, denn ein modernes Unternehmen, zu der unsere Stadtverwaltung werden muss, muss auch durch moderne, professionelle Methoden geführt und entwickelt werden. Das Team im Rathaus ist das Zukunftspotenzial der Stadt.

Abschließend sollte jedoch angemahnt werden, dass eine Gemeindefinanzreform seit Langem aussteht und den Kommunen dadurch dringend Hilfe zuteil werden muss. Außerdem muss endlich das Auf und Ab mit steigenden Umlagen und sinkenden Schlüsselzuweisungen nach gestiegenen Steuereinnahmen durch einen vernünftigen Finanzausgleich durchbrochen werden. Denkbar ist hier auch die Abschaffung der sehr konjunkturanfälligen Gewerbesteuer zugunsten einer modifizierten Grundsteuer.

### **3. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um die Herborner Bäderbetriebe aus dem hochdefizitären Bereich zu führen?**

Im Haushaltsjahr 2006 betrug das Gesamtdefizit für die Herborner Bäder 1.276.476 Euro. Allein auf das Wellenbad entfiel davon der Anteil von 791.098 Euro. Für das Haushaltsjahr 2007 ist der zu erwartende Gesamtverlust mit 1.323.077 Euro veranschlagt worden. Außerdem stehen schon seit Jahren verschobene Sanierungsarbeiten am Wellenbad in Millionenhöhe.

Weil in den vergangenen Jahren an diesem Punkt nicht gehandelt wurde, besteht jetzt mehr als „dringender Handlungsbedarf“.

Königsweg bei der Aufrechterhaltung eines ganzjährigen Schwimmangebotes ist es, einen privaten Investor für den Betrieb eines Hallenbades zu finden.

Sollte sich dieser Weg nicht realisieren lassen, so muss vermehrt über bürgerschaftliches Engagement nachgedacht werden. Zumindest für den Bereich der Freibäder gibt es viele Mut machende Initiativen von Bürgern, die z. B. durch die Gründung von Fördervereinen Freibäder erhalten, renovieren und betreiben. In diesem Bereich leisten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Großartiges. Vernünftige, leistbare Öffnungszeiten, Pflege und Neugestaltung von Außenanlagen, Schwimmkurse für Kinder in den Sommerferien, Mondschein schwimmen, Kanuverleih, Wassergymnastik für Senioren bis hin zur kompletten Trägerschaft lassen den ungeheuren Einsatz der Menschen für ihr Bad erahnen. Warum sollte dies nicht auch in Herborn möglich sein?

Für Hallenbäder ist prinzipiell eine ähnliche Vorgehensweise denkbar, nur darf die finanzielle und personelle Leistungskraft eines Vereins nicht unrealistisch überschätzt werden. Prinzipiell gilt jedoch, dass hier in erster Linie die Bürger gefordert sind, denn auch eine Bürgermeisterin kann das ehrenamtliche Engagement nur fördern, nicht jedoch verordnen.

Grundsätzlich gilt es jedoch bei allen vorrangigen Bemühungen um den Erhalt der Bäder zu entscheiden, ob die Kommune Herborn im Rahmen der Daseinsfürsorge die Bäder in Gänze, in Teilen oder u. U. gar nicht braucht. Diese Aussage ist von der Politik insgesamt zu treffen. Nach eindeutiger Beantwortung dieser Grundsatzfrage, sind Maßnahmen nach den zuvor beschriebenen Grundsätzen zu ergreifen. Dazu gehört auch der flexible Einsatz von Mitarbeitern wie auch die Teilschließung des Wellenbades während der Sommermonate. Eine teure Sauna- und Wellnesslandschaft auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger wird es mit mir nicht geben.

#### **4. Werden in Ihrer Amtszeit die Gewinne der Stadtwerke weiterhin dem Bäderhaushalt zugeführt, um dessen Defizite auszugleichen? Wie gedenken Sie mit den finanzrechtlichen Bedenken umzugehen?**

Grundsätzlich gilt, dass Defizite, die angefallen sind, auch ausgeglichen werden müssen. Allerdings gehört es zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, dass die enormen Zuschüsse für die Bäder auch im Haushalt als solche erscheinen. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben, da die StVV bedauerlicherweise keinerlei finanzpolitische Kontrolle über den größten defizitären Finanzbereich der Stadt Herborn hat! Die derzeitige, unzufriedenstellende Konstruktion ist ja dem verzweifelten Versuch geschuldet, eine steuerliche Konstruktion zu finden, die die Verluste der Bäder den Stadtwerken als Steuergutschrift zuweist. So wird aus dem Verlust Gewinn gezogen. Diese Konstruktion hat bis heute zu keinen weiteren Ergebnissen außer zu Investitionen in ein BHKW im Wellenbad geführt. Allerdings ist diese Konstruktion nur außergewöhnlich schwierig auflösbar. Ich jedenfalls werde mich für mehr Transparenz in der Öffentlichkeit einsetzen.

#### **5. Welche Entwicklungschancen sehen Sie für Herborn bezüglich Gewerbeneuansiedlung und in welchen Bereichen wollen Sie dort Schwerpunkte setzen?**

Wir benötigen weitere Arbeitsplätze. Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, dass ein paar Unternehmer in Herborn uns schon alles richten werden. Hier haben wir in den vergangenen Jahren zugegebenermaßen viel Glück gehabt, dass sich ein Unternehmer hier besonders hervorgetan hat und Flächen, insbesondere Konversionsflächen entwickelt hat.

Wirtschaftspolitik wird für mich Chefsache sein. Wie bereits oben ausgeführt, werde ich eine Stabsstelle für die Wirtschaftsförderung ebenso einführen wie auch einen andauernden Gesprächsprozess mit den vorhandenen als auch den ansiedlungswilligen Unternehmen.

Unsere architektonisch wunderschöne Innenstadt ist unser Faustpfand. Deshalb muss alles auch im Bereich des Einzelhandels getan werden, damit nicht nur ein Sterben der Innenstadt vermieden wird, sondern wieder mehr Leben in die Innenstadt zieht.

## **6. In welcher Form wollen sie eine bessere Vernetzung der Stadtteile untereinander und mit der Kernstadt schaffen?**

Als Frau mit dem Blick von außen und meinen Erfahrungen in den USA und Paraguay ist es mein Ziel, Kernstadt und alle Stadtteile gerecht zu behandeln. Keiner soll sich benachteiligt fühlen. In der Siedlungspolitik müssen wir – auch im Sinne der Schonung unserer Umwelt – die vorhandene Bausubstanz sanieren, Lücken erschließen und bebauen.

Um die Infrastruktur und das Miteinander weiter zu verbessern, sollte auch das Nahverkehrsangebot verbessert werden. Hier sind flexiblere und kleinformatigere Lösungen gefordert: Ruftaxis, kleinere Busse des ÖPNV sind hier gefragt.

## **7. Welche konkreten Initiativen zur Integration und zum Miteinander von Jung und Alt werden Sie angesichts der demografischen Entwicklung ergreifen?**

Ein fröhliches, gutes Miteinander der Kulturen und Generationen beginnt bei der Erziehung und Bildung unserer Kinder. Gerade angesichts des sich vollziehenden demografischen Wandels werden sich Geschlechter- und Generationenverhältnisse ändern. Deshalb müssen die Begegnung, der Dialog und das Miteinander der Kulturen und Generationen bewusst und gezielt gestaltet werden. Bildung hat insofern einen zentralen Beitrag zum Zusammenhalt der Generationen zu leisten und sollte dahingehend schon in den frühen Bildungseinrichtungen, den Kindertagesstätten, implementiert werden. Gerade bei den Kindertagesstätten ergeben sich viele Möglichkeiten des Kontaktes der Generationen: von Vorlesepaten bis hin zu gemeinschaftlichen Einrichtungen des Lebens bzw. des Wohnens. Nach meiner Vorstellung sind Jung und Alt keine Gegensätze, sondern ergänzen sich wie auch Menschen unterschiedlicher Herkunft das Leben in Herborn bereichern. Ältere Menschen finden häufig wieder Bestätigung und Sinn in ihrem Leben durch das Leben und die Wertschätzung, die ihnen Kinder entgegenbringen. Kinder lernen den Respekt vor älteren Menschen und das Alter mehr zu schätzen.

Gute Rahmenbedingungen für ein gelingendes Miteinander sollten wir in Zukunft durch die Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Baugebieten und bei der Sanierung der bestehenden Bausubstanz schaffen. Die Zeit, alte Menschen abzuschieben, ist vorbei und wir müssen weg von der unmenschlichen Verwehrmentalität für die Versorgung älterer Menschen. Auch unser Stadtpark sollte sich zu einem Ort der Ruhe, des Spiels und der Begegnung von Alt und Jung zu entwickeln.

Für die Integration der bei uns lebenden neuen Mitbürger empfehle ich die Förderung von Vereinsarbeit, die sich dieser Aufgabe angenommen hat. Dabei sei daran erinnert, dass

nirgends eine größere Integrationsleistung von Kindern ausländischer Mitbürger erbracht wird als über die Betätigung in Sportvereinen. Sprachkurse können dieses Angebot abrunden, allerdings muss klar sein, dass Integration nicht nur eine Bringschuld der Stadt ist.

### **8. Welche kulturellen Schwerpunkte setzen Sie in Herborn?**

Wir haben in Herborn ein vielseitiges kulturelles Angebot. An dieser Stelle möchte ich stellvertretend für viele das hervorragende Engagement der Heimatspieler und der verschiedenen Chöre hervorheben.

Als Bürgermeisterin verstehe ich meine Aufgabe darin, für diese Angebote zu werben und die Vereine ideell und soweit möglich auch materiell zu unterstützen. Mein Wunsch ist daher der Ankauf des Bahnhofgebäudes, um es für die Vereine umzugestalten, aber auch als Stadt- und ggf. als Konzertsaal nutzbar zu machen.

Zusätzlich sollten jedoch die Ferienangebote für Kinder oder auch Familien optimiert werden. Warum holen wir in den Ferien nicht spezielle künstlerische Angebote für unsere Kinder in unser schönes Herborn? In den Ferien ist endlich die Zeit, diese Begabungen stärker zu fördern und auszuleben, als es die hektische Schulzeit zulässt. Dies ließe sich z. B. über die Erweiterung der Ferienpassaktion realisieren. Auch für Familien könnte die Stadt beispielsweise in Lenste eine Sommerfreizeit ohne großen finanziellen Aufwand organisieren. Damit könnte ein kulturelles Angebot wie z. B. Literatur, bildende Kunst oder Musik verbunden sein. Familien sollten mehr gemeinsame, künstlerische Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Kunst und Kultur muss gelebt werden, damit sie die Menschen belebt!

### **9. Sollten Sie die Bürgermeisterwahl gewinnen, was hat dann für Sie höchste Priorität?**

Politik für Generationen zu machen: vom Kind zum Senior – sie alle sollen sich wohlfühlen. Es soll sich herumsprechen, dass man in Herborn gut leben und arbeiten kann! Das heißt zunächst, den Bevölkerungsschwund zu bremsen und zu stoppen. Bei allen Maßnahmen ist auf den Klimawandel angemessen zu reagieren.

*Dr. Christine Ulmke*